

Wissenschaftliche Politikberatung in der Energie- und Klimapolitik als gesamtgesellschaftlicher Lernprozess

1. Partizipative Technikfolgenabschätzung als Schlüssel für „wicked problems“

Zahlreiche, sich verschärfende Herausforderungen wie die Klimakrise, Migration, der Verlust der biologischen Vielfalt und geopolitische Spannungen stellen Politik und Gesellschaft vor die Anforderung tiefgreifender Transformationsprozesse. Technologische Innovationen – etwa im Bereich der erneuerbaren Energien, künstlichen Intelligenz oder Batteriespeicher – eröffnen Lösungswege, sind jedoch selbst mit Unsicherheiten und Zielkonflikten verbunden. Diese Ambivalenzen machen deutlich: Die Entwicklung nachhaltiger Transformationsprozesse erfordert nicht nur technologische Lösungen, sondern auch eine vielschichtige Auseinandersetzung mit deren gesellschaftlichen Folgen. Die hier angesprochenen „wicked problems“ sind durch hohe Komplexität, unklare Verantwortlichkeiten, nichtlineare Wirkzusammenhänge und langfristige Auswirkungen geprägt (vgl. Lönngren/Van Poeck 2021, Rittel/Webber 1973). Lösungen sind weder eindeutig noch abschließend bewertbar, sondern erfordern kontinuierliche gesellschaftliche Verständigungsprozesse (siehe Abbildung 1).

Die Unsicherheit, Komplexität und Dringlichkeit von „wicked problems“ stellen Einfallstore für Desinformationen und populistische Narrative dar. Es werden vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Herausforderungen wie die Klimakrise angeboten oder sie werden grundsätzlich infrage gestellt (vgl. Reusswig et al. 2021). Populistische Akteure behaupten zudem, dass Politik und Wissenschaft zu einer elitären Gruppe gehört, die das Volk täuscht (vgl. Head 2022; Lamberty/Nocun 2023; UBA 2024).

Dies spiegelt sich auch in einer wachsenden Vertrauenskrise in demokratische Institutionen wider, wie eine repräsentative Befragung der Bertelsmann-Stiftung (2024) belegt: Im Vergleich zu 2017 hat sich das Misstrauen gegenüber der Bundesregierung in 2023 nahezu verdoppelt. 49 % der Menschen in Deutschland haben überhaupt kein oder nur ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung. Ähnlich kritisch fällt das Urteil über den Bundestag und die politischen Parteien aus. Nur 19 % der Befragten bekunden großes Vertrauen in den Bundestag,

während 46 % ihm kein oder nur geringes Vertrauen entgegenbringen. Das Misstrauen gegenüber politischen Parteien ist sogar noch ausgeprägter: 55 % der Menschen vertrauen ihnen kaum oder gar nicht. Lediglich 7 % der Befragten gaben an, dass sie den politischen Parteien großes Vertrauen schenken. Im Gegensatz dazu genießen Wissenschaft und Forschung im selben Zeitraum ein vergleichsweise und anhaltend hohes Vertrauen: Nach den Ergebnissen des jährlichen Wissenschaftsbarometers von Wissenschaft im Dialog (2025) gaben seit 2017 mindestens 46 % der Befragten an, Wissenschaft und Forschung eher oder voll und ganz zu vertrauen. In 2023 lag dieser Wert bei 56 %. Nur 6–13 % haben eher kein oder kein Vertrauen, mit zuletzt 13 % in 2023.

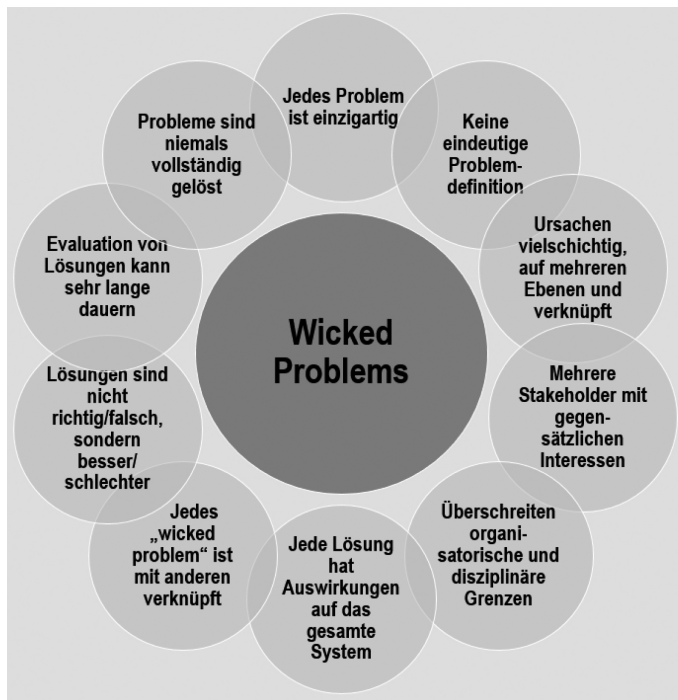


Abbildung 1: „Wicked problems“ angelehnt an Rittel/Webber 1973 (eigene Darstellung)

Vor diesem Hintergrund gewinnt wissenschaftliche Politikberatung an Bedeutung, wenn sie als partizipative Technikfolgenabschätzung (TA) gesellschaftliche Perspektiven systematisch integriert und komplexe Problemlagen mit Blick auf Implikationen und demokratische Aushandlungsprozesse strukturiert (vgl. Abels/Bora 2013). Zentral ist dabei die Berücksichtigung normativer Fragen, gesellschaftlicher Wertekonflikte und möglicher Systemwirkungen. Auf diese Weise können Problemanalysen und Lösungsentwicklungen – in denen Fakten und Werturteile miteinander verflochten sind – in einem gemeinsamen Lernprozess kritisch reflektiert und überprüft werden (vgl. Blum et al. 2022a; Dietz 2013; Kowarsch 2024).

Ziel ist nicht die Formulierung einer singulären, wissenschaftlich evidenten Lösung, sondern die Erweiterung der Wissensbasis durch den Austausch von wissenschaftlichem und praktischem Wissen, die Offenlegung von Wertannahmen und die Entwicklung pluraler, adaptiver Lösungspfade. Angesichts dynamischer Rahmenbedingungen und miteinander verflochtener „wicked problems“ bedürfen diese Pfade kontinuierlicher Neubewertung (vgl. Edenhofer/Kowarsch 2015). Die daraus entstehenden Wissenslandkarten bilden die Grundlage eines pragmatisch-aufgeklärten Modells wissenschaftlicher Politikberatung im Sinne John Deweys, das Ziel-Mittel-Interdependenzen, Werte-Fakten-Verhältnisse und praktische Konsequenzen sichtbar macht (siehe Abbildung 2).

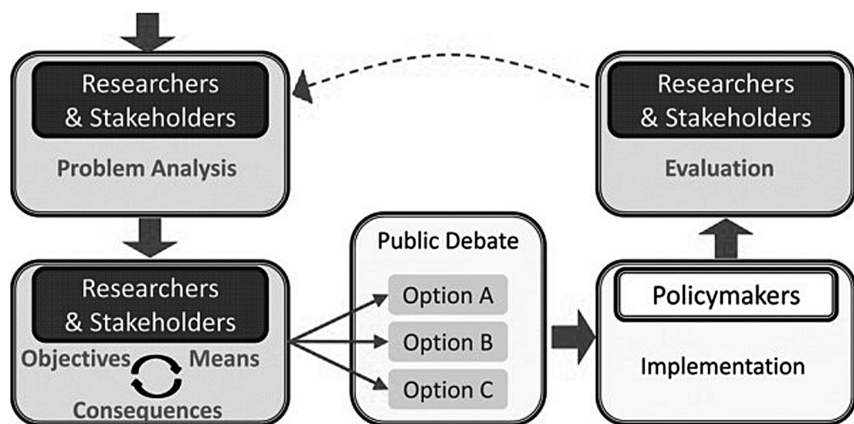


Abbildung 2: Pragmatisch-aufgeklärtes Modell der wissenschaftlichen Politikberatung nach Edenhofer/Kowarsch 2015

Der Beitrag plädiert daher für eine wissenschaftliche Politikberatung, die nicht technokratisch-instrumentell agiert, sondern als gesellschaftlich eingebetteter Lernprozess, der auch nicht organisierte Interessen und Perspektiven integriert. Am Beispiel des transdisziplinären Kopernikus-Projekts Ariadne wird mit Fokus auf den Bürgerdeliberationsprozess gezeigt, wie partizipative TA nicht nur Wissen vermittelt, sondern gesellschaftliche Verständigung über Ziele, Werte und Handlungsoptionen ermöglicht – ein Ansatz, der für den Umgang mit „wicked problems“ unverzichtbar ist.

2. Bürgerdeliberation: Ein Lernprozess zwischen Gesellschaft, Forschung und Politik

2.1 Hintergrund zum Kopernikus-Projekt Ariadne

Das Kopernikus-Projekt Ariadne¹ erforscht konkrete Optionen zur Gestaltung der Energiewende und organisiert einen systematischen Lernprozess zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Projekt sind über 25 Forschungsinstitute aus ganz Deutschland vertreten, die in verschiedenen Themenschwerpunkten Energiewende-Strategien und deren systemische (Wechsel-)Wirkung untersuchen und konkrete Politikinstrumente erforschen, um die Klimaziele effizient und sozial ausgewogen zu erreichen. Der Forschungsprozess ist so angelegt, dass sowohl Problemanalysen als auch Forschungs(zwischen)-ergebnisse in kontinuierlich stattfindenden Dialogformaten mit unterschiedlichen Zielgruppen diskutiert und reflektiert werden (siehe Abbildung 3).

1 Das Projekt wird vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt gefördert.



Abbildung 3: Der Ariadne Lernprozess (eigene Darstellung)

Ein zentrales Merkmal des Projekts ist der breit angelegte Austausch mit Bürger*innen, die als Alltags- und Praxisexpert*innen relevantes Orientierungswissen in den Lernprozess einbringen – etwa dazu, welche Politikoptionen sie für wünschenswert und umsetzbar halten und wie die Maßnahmen verständlich kommuniziert werden (vgl. Blum et al. 2024). Damit geht das Projekt über reinen Wissenstransfer hinaus und zielt auf einen dialogisch gestalteten Lernprozess über wissenschaftlich fundierte Maßnahmen zur Gestaltung der Energiewende. Deliberation – im Sinne der Diskurstheorie von Jürgen Habermas – meint dabei einen argumentationsbasierten Austausch über Werte, Gründe und Optionen, der auf Verständigung statt bloßer Mehrheitsbildung zielt. Entscheidend sind eine gleichberechtigte Beteiligung, faire Kommunikationsbedingungen und die Bereitschaft zur wechselseitigen kritischen Reflexion (vgl. Habermas 1992).

Ziel des iterativen, deliberativen Austauschs ist es, ein besseres gegenseitiges Verständnis zur Bewertung klimapolitischer Handlungsoptionen zu fördern und gemeinsam tragfähige Ergebnisse zu erarbeiten. Die Reflexion über wissenschaftlich fundierte Politikmaßnahmen sowie über Sorgen und Hoffnungen der Teilnehmenden soll die zugrundeliegenden Werte und Überzeugungen sichtbar machen, die die Meinungsbildung in der Bevölkerung prägen. So wird eine öffentliche Debatte angestoßen, die über „machbare“ und kosteneffiziente Optionen hinausgeht (vgl. Blum 2024).

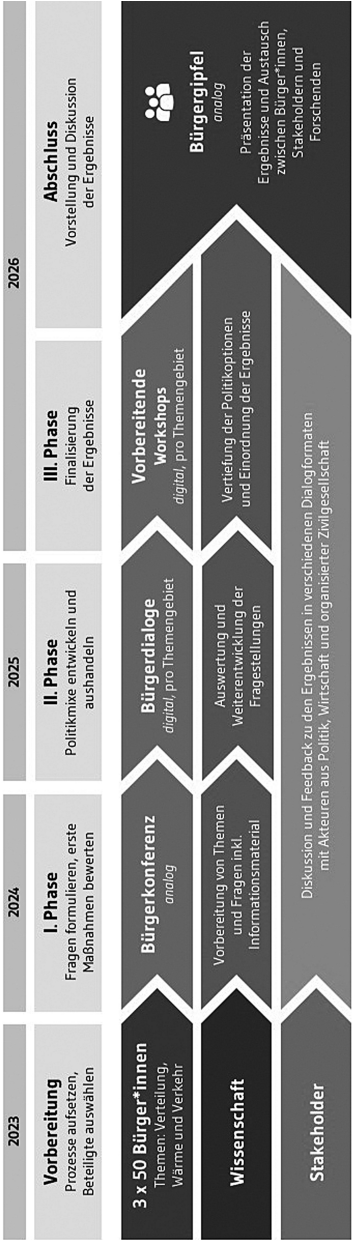


Abbildung 4: Ablauf Bürgerdeliberation 2023–2026 (eigene Darstellung)

Dazu wurden im ersten Projektzyklus (2020–2023) bereits über 170 zufällig ausgewählte Bürger*innen aus ganz Deutschland an der Gestaltung von wissenschaftlich erarbeiteten Zukunftspfaden für die Verkehrs- und Stromwende beteiligt². Im zweiten Projektzyklus (2023–2026) wurde das Themenspektrum erweitert und die Abfolge des deliberativen Lernprozesses auf Basis der Erfahrungen angepasst (siehe Abbildung 4). Neben der Forschung zur Verkehrswende rücken nun auch die Wärmewende sowie die Finanzierung von Klimapolitik in den Fokus. Während der erste Zyklus mit einer offenen Leitfrage startete (vgl. Blum et al. 2021), fokussiert der zweite Zyklus gezielt auf öffentlich diskutierte Politikoptionen, um die Forschung stärker an gesellschaftliche Diskurse anzuschließen und die öffentliche Stimmung zu zentralen Klima- und Energiethemen besser zu verstehen.

2.2 Wie werden Bürgerinnen und Bürger beteiligt?

In beiden Beteiligungszyklen wurden die Teilnehmenden mittels stratifizierter Zufallsauswahl aus Melderegistern ausgewählter Gemeinden in Deutschland rekrutiert. Aus den Interessierten wurden anhand soziodemografischer Kriterien wie Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Migrationshintergrund die Teilnehmendengruppen gebildet. Im zweiten Zyklus ergänzten die politische Selbsteinschätzung (konservativ, Mitte, progressiv, unpolitisch) und die Bewertung des Tempos der Klimapolitik (zu schnell, angemessen, zu langsam) die Auswahl, um eine breite Perspektivenvielfalt sicherzustellen. Zudem wurden in fünf Gemeinden Personen, die nicht auf schriftliche Einladungen reagierten, direkt an der Haustür angesprochen, um auch schwer erreichbare Gruppen einzubeziehen.

An der Auftakt-Bürgerkonferenz im Juni 2024 nahmen 149 Bürger*innen teil, die in drei methodisch abwechslungsreich gestalteten Themenforen zu Wärmewende, Verkehrswende und Klimafinanzierung diskutierten. Die Foren umfassten individuelles Journaling, Zweiergespräche, moderierte Tischdiskussionen und Austausch im Plenum. Eine Vorher-Nachher-Befragung diente der Evaluation möglicher Einstellungsänderungen. Thematisch standen im Verkehrsforum die Förderung von E-Pkw und das Deutschlandticket im Fokus, im Wärmeforum das Gebäudeenergiegesetz und gerechte Förderprogramme für Heizungstausch und Sanierungen. Im Finanzierungsforum wurde die Finanzierung von Klimamaß-

2 Vgl. hierzu verschiedene Publikationen Blum et al. (2022b) und Treichel-Grass et al. (2022) sowie die Projektwebsite zum Rückblick auf die erste Phase der Ariadne-Bürgerdeliberation (2020–2023): <https://ariadneprojekt.de/buergerdeliberation/>

nahmen über Staatsschulden, Steuererhöhungen oder CO₂-Bepreisung debattiert (vgl. Treichel-Grass et al. 2025b).

3. Zwischenergebnisse aus dem Lernprozess: Bürger*innen setzen auf Gerechtigkeit, Transparenz und Planbarkeit

Die Diskussionen in den drei Themenforen sowie die Vorher-Nachher-Befragungen stützen aktuelle repräsentative Umfragen, denen zufolge sich eine Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich für Klimaschutz und die Energiewende ausspricht (vgl. Venjakob et al. 2025). Die Herausforderung liegt jedoch in der konkreten Ausgestaltung eines wirksamen und als gerecht empfundenen Policy-Mixes, der Chancen, Lasten und Nutzen fair verteilt. Diese Aushandlungsprozesse spiegelten sich in den moderierten Kleingruppendiskussionen der Bürgerkonferenz wider – etwa in Kontroversen zwischen jüngeren und älteren Eigenheimbesitzenden, zwischen Menschen in der Stadt mit Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr und Menschen auf dem Land, die auf ein Auto angewiesen sind und zwischen den Generationen zur Frage gerechter Klimafinanzierung. Zugleich zeigte die Deliberation, dass Bürger*innen konstruktiv diskutieren und gemeinsam tragfähige Lösungsoptionen entwickeln wollen.

Die aktuelle politische Stimmungslage beeinflusste die Debatten merklich: Themen wie Vertrauensverlust in politische Institutionen, mangelnde Transparenz und unzureichende politische Kommunikation sowie der Wunsch nach klaren Verantwortlichkeiten und verlässliche Rahmenbedingungen spielten eine wesentliche Rolle. An den kontroversen Debatten zum Gebäudeenergiesetz (GEG) und der Förderung von E-Pkw wird deutlich, dass die Energie- und Verkehrswende in eine Phase gelangt ist, in der die Umsetzung von Maßnahmen zunehmend für die Bevölkerung spürbar werden. Ein rein technokratisches Politikverständnis der Klimapolitik ist in Folge dessen zu begrenzt: „Bürgerinnen und Bürger können zwar im politischen Prozess außen vorgelassen werden, wenn Entscheidungen gefällt werden, nicht jedoch, wenn Entscheidungen umgesetzt werden sollen“ (Lafont 2023, S. 13).

Viele Teilnehmende der Bürgerkonferenz äußerten, dass es mehr klare Bekenntnis, Orientierung und Planungssicherheit in der Transformation braucht. Denn Medien und Politiker*innen schüren teilweise Ängste vor Eigentums- und Statusverlust, wodurch das Vertrauen in den politischen Prozess zunehmend untergraben wird (vgl. Haas et al. 2025; Jost et al. 2024). Die Vorher-Nachher-Befragung zeigt, dass die Mehrheit der Teilnehmenden offen ist für klimapolitische

Maßnahmen – ob über Preise, Gebote oder Förderungen – solange diese fair, effektiv und nachvollziehbar sind. Staatliche Regulierungen – wie sie etwa im GEG verankert sind – werden nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern als notwendiges Instrument für mehr Planungssicherheit in der Wärmewende angesehen (siehe Abbildung 5). Ihre gesellschaftliche Akzeptanz hängt jedoch maßgeblich davon ab, ob sie durch sozial ausgewogene Fördermaßnahmen begleitet werden, die soziale Exklusion verhindern. In diesem Zusammenhang wurden einkommensabhängige Staffelungen der Fördermittel als sinnvoll erachtet.

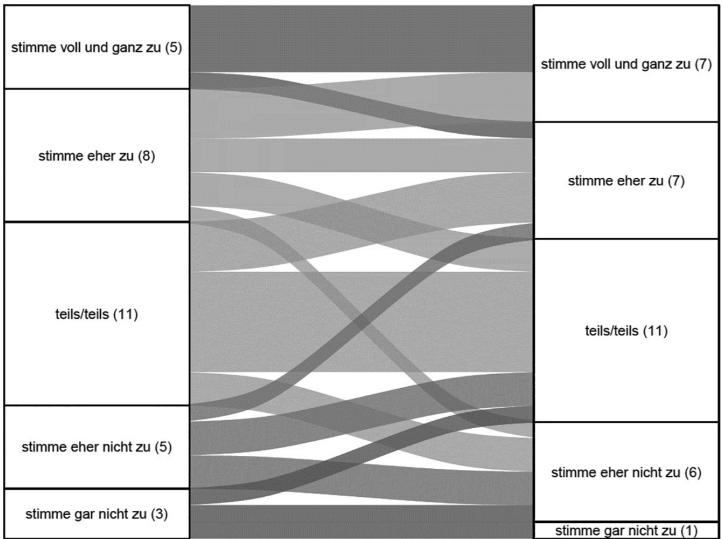


Abbildung 5: Vorher-Nachher-Befragung "Der Staat sollte durch politische Vorgaben wie das Gebäudeenergiegesetz den Wechsel auf klimafreundliche Heizungssysteme vorschreiben" (n=31) (eigene Darstellung)

Zustimmung fanden auch Ausnahmeregelungen bei ordnungsrechtlichen Vorgaben – etwa hinsichtlich des verpflichtenden Heizungstauschs für ältere Menschen in sanierungsbedürftigen Eigenheimen, da Investitionen häufig nicht amortisierbar sind (vgl. Epp et al. 2025). In Bezug auf die Förderung von E-Pkw oder die Finanzierung des Deutschlandtickets wünschen sich Menschen von politischen Entscheidungsträger*innen mehr Augenmerk auf die Unterschiede zwischen

Stadt und Land im Policy-Mix. Für beide Fälle sollten Möglichkeiten und Anreize geschaffen werden, sich klimafreundlich fortzubewegen (vgl. Treichel-Grass et al. 2025a). Ebenso sollten staatliche Vorgaben individuelle Handlungsspielräume ermöglichen sowie mit bürgernahen Informationen und Fördermittelanträgen einhergehen).

Neben den inhaltlichen Ergebnissen bewerteten die Teilnehmenden den Austausch mit der Wissenschaft als bereichernd, da sie fundiertes Wissen beitrug und komplexe Zusammenhänge verständlich einordnete (vgl. ebd.). Sie schätzen Teil eines sachlichen Diskurses zur Transformation zu sein. Die Mehrheit betonte, dass Formate wie die Bürgerdeliberation dazu beitragen können, die komplexen Themen außerhalb des medial befeuerten politischen Wettbewerbs in einer konstruktiven Weise zu diskutieren. Es ist zudem begrüßenswert, dass Menschen, die der Dringlichkeit der Klimapolitik skeptisch gegenüberstanden, ebenfalls an der Bürgerkonferenz teilnahmen und ihre Argumente vortrugen. So konnten die kritischen Fragen in einem sachlichen Diskurs behandelt werden. Die Mehrheit der Teilnehmenden gab nach der Bürgerkonferenz an, dass sie neue Sichtweisen durch den Austausch kennengelernt haben und wieder an einem Bürgerdialog mit der Wissenschaft teilnehmen würden (siehe Abbildung 6).

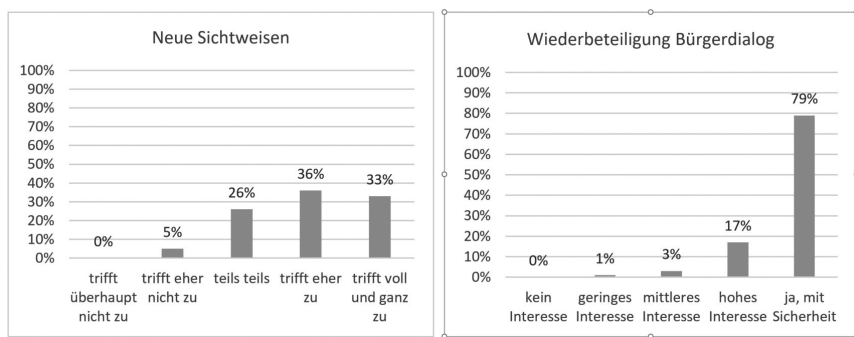


Abbildung 6: Nachher-Befragung: „Durch die Diskussion und den Austausch mit den Teilnehmenden auf der Bürgerkonferenz habe ich neue Sichtweisen kennengelernt“ & „Würden Sie sich wieder an einem Bürgerdialog mit der Wissenschaft beteiligen?“ (n=142) (eigene Darstellung)

Auch die Forschenden erhielten wertvolle Einblicke in den Kenntnisstand und die Argumente der Bürger*innen etwa zur vielschichtigen Skepsis gegenüber

der E-Autos oder der starken Unterstützung des Deutschlandtickets und dem Wunsch nach einer familienfreundlicheren Preisgestaltung. Der dialogische Prozess trägt unter anderem dazu bei, dass eigene Annahmen im Forschungsprozess reflektiert, Forschungsfragen erweitert und neue Lösungsansätze entwickelt werden. So entstand im Nachgang zur Bürgerkonferenz ein Faktencheck zur E-Mobilität und die Bürgerperspektiven zum Deutschlandticket wurden in Forschungsarbeiten integriert (vgl. Koch et al. 2025). Auch wenn dies zunächst nur Zwischenergebnisse sind, so wird bereits jetzt erkennbar, dass partizipative Ansätze die wissenschaftliche Politikberatung um Werturteile, Kommunikationsfragen und mögliche gesellschaftliche Konsensräume erweitern können.

Im nächsten Schritt der Ariadne-Bürgerdeliberation folgen Online-Deliberationen zur Erarbeitung und Diskussion von Politik-Mixen und der Formulierung von Kernbotschaften gemeinsam mit den Bürger*innen. Diese werden abschließend in einem Bürgergipfel mit Entscheidungsträger*innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutiert.

4. Partizipative TA als Mitgestalterin gesellschaftspolitischer Zukunftsdebatten?

In demokratischen Gesellschaften kann der wissenschaftlichen Politikberatung eine pluralistische und deliberative Rolle zukommen, wenn sie das von ihr erarbeitete Orientierungswissen auf eine breitere Basis stellt und bestehende Machtverhältnisse nicht einfach repliziert, sondern neue kommunikative Räume schafft. Ein Ansatz hierfür ist die Öffnung des wissenschaftlichen Diskurses zur Gesellschaft und insbesondere das Einbeziehen von Bürger*innen, die jenseits von Wahlen und zivilgesellschaftlich organisierter Interessenvertretungen nur eingeschränkten Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse ausüben können. Eine auf diese Weise transformierte Form der wissenschaftlichen Politikberatung besitzt das Potenzial, gesamtgesellschaftliche Lernprozesse anzustoßen und deliberative Aushandlungsprozesse zu fördern, indem sie:

- ... den Austausch über Wissen, Werturteile und Begründungszusammenhänge in einem öffentlichen Raum ermöglicht und so dazu beiträgt, Erkenntnisse über das Aushandeln von Partikularinteressen hin zu Konsensräumen und gemeinwohlorientierten Lösungen zu generieren;
- ...wissenschaftliche Evidenz und Wertentscheidungen in der Lösungsentwicklung systematisch verzahnt und damit das Potenzial besteht, dem Einfluss

populistischer Narrative auf Basis von Fehlinformationen entgegenzuwirken (vgl. Wappenhans et al. 2024);

- ...politische Handlungsoptionen nicht nur ex-post legitimiert, sondern bereits im Vorfeld deliberativ mit der Gesellschaft reflektiert, wodurch sowohl Input- als auch Output-Legitimität politischer Entscheidungen gestärkt werden können – insofern das über partizipative TA bereitgestellte Wissen mit Expertenempfehlungen verzahnt und neben ökonomisch-technologisch dominierten Perspektiven in der politischen Entscheidungsfindung abgebildet wird (Radtko/Drewing 2020);
- ...Einblicke in politische Kommunikation und adaptive Steuerungsprozesse liefert und politischen Akteuren zur Verfügung stellt, die zur dynamischen Weiterentwicklung von Politikmaßnahmen beitragen können;
- ...neue Vermittlungsräume zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit etabliert und damit die Anschlussfähigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse an gesellschaftliche Diskurse erhöht.

Gerade im Kontext der „wicked problems“ kann eine partizipativ-deliberativ ausgerichtete wissenschaftliche Politikberatung einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie pluralistische Lösungsoptionen entwickelt und gesellschaftliche Werturteile neben wissenschaftlicher Evidenz sichtbar macht. Damit kann sie helfen, politische Polarisierung zu überwinden und „alternative soziotechnisch Zukünfte denk- und diskutierbar zu machen“ (Frey et al. 2020, S. 34). Auf diese Weise lässt sich auch die für politische Entscheidungsprozesse erforderliche gesellschaftliche Unterstützung längerfristig sichern, unter der Bedingung, dass der Wissenstransfer in die breite Öffentlichkeit gelingt und im politischen Entscheidungsprozess Berücksichtigung findet. Um das Potenzial partizipativer TA umfassend zu verstehen, ist weitere Forschung erforderlich: Inwiefern entfalten sich Spillover-Effekte im sozialen Umfeld der Beteiligten? Fördert sie das Verständnis demokratischer Aushandlungsprozesse und trägt – wie erste Studien nahelegen (vgl. Wappenhans et al. 2024) – zur Resilienz demokratischer Strukturen bei?

Literatur

- Abels, G.; Bora, A. (2013): Partizipative Technikfolgenabschätzung und -bewertung. In: Simonis, G. (Hg.): Konzepte und Verfahren der Technikfolgenabschätzung. Wiesbaden
- Bertelsmann-Stiftung (2024): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023: Perspektiven auf das Miteinander in herausfordernden Zeiten; <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2023> [aufgesucht am 05.02.2026]

- Blum, M. (2024): Science and citizen deliberation – a promising coalition? In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 37(3), S. 754–793
- Blum, M.; Colell, A.; Hoffmann, J.; Karohs, K.; Kowarsch, M.; Saur, M.; Kurde, M.; Thiel, H. (2021): Was ist uns wichtig bei Verkehrs- und Stromwende? Bürgerinnen und Bürger sprechen über Herausforderungen und Ziele. Ariadne-Report, Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam
- Blum, M.; Colell, A.; Treichel, K. (2022a): Neue Räume für die Aushandlung von Politikoptionen. In: Zilles, J.; Drewing, E.; Janik, J. (Hg.): *Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt*
- Blum, M.; Treichel-Grass, K.; Kowarsch, M. (2022b): Sichten von Bürgerinnen und Bürgern auf vier Zukunftspfade der Verkehrswende — Ergebnisse der Ariadne-Bürgerkonferenz. Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam
- Blum, M.; Treichel-Grass, K.; Kowarsch, M. (2024): Der Lernprozess mit Bürgerinnen und Bürgern an der Schnittstelle Wissenschaft-Politik-Gesellschaft im Kopernikus-Projekt Ariadne (2020–2023). Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam
- Dietz, T. (2013): Bringing values and deliberation to science communication. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 110(supplement_3), S. 14081–14087
- Edenhofer, O.; Kowarsch, M. (2015): Ausbruch aus dem stahlharten Gehäuse der Hörigkeit: ein neues Modell der wissenschaftlichen Politikberatung. Ausbruch aus dem stahlharten Gehäuse der Hörigkeit: ein neues Modell der wissenschaftlichen Politikberatung. In: Weingart, P.; Wagner, G. G. (Hg.) unter Mitarbeit von Tintemann, U. (2015): *Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest*. Weilerswist, S. 83–105
- Epp, J.; Kögel, N.; Steidle, D.; Treichel-Grass, K. (2025): Bürgerperspektiven auf politische Maßnahmen der Wärmewende – Ergebnisse der Ariadne Bürgerkonferenz 1./2. Juni 2024. Potsdam
- Frey, P.; Schneider, C.; Wadephul, C. (2020): Demokratisierung von Technik ohne Wirtschaftsdemokratie? TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 29/3 (2020), S. 30–35
- Haas, T.; Sander, H.; Fünfgeld, A.; Mey, F. (2025): Climate obstruction at work: Right-wing populism and the German heating law. In: *Energy Research & Social Science* 123, 104034
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* Frankfurt am Main
- Head, B.W. (2022): Political Governance of Wicked Problems. In: *Wicked Problems in Public Policy*. Cham
- Jost, P.; Mack, M.; Hillje, J. (2024): Aufgeheizte Debatte? Eine Analyse der Berichterstattung über das Heizungsgesetz – und was wir politisch daraus lernen können. Das Progressive Zentrum. progressives-zentrum.org
- Koch, N.; Illenseer, N.; Amberg, M.; Treichel-Grass, K. (2025): Wirkung des Deutschland-Tickets auf Mobilität und Emissionen. Kopernikus-Projekt Ariadne. Potsdam.
- Kowarsch, M. (2024): Democratic participation reconsidered. Towards science-informed policy deliberation in sustainable governance. In: *Amosinternational* 18(3), S. 26–35
- Lafont, C. (2023): Deliberative Demokratie nach der digitalen Transformation. In: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte* 43–45/2023, S 11–17

- Lamberty, P.; Nocun, K. (2023): "It's a money industry, ok? It's a hoax" – Verschwörungserzählungen im Kontext der Klimakrise. In: Meilicke, T.; Strobel, C. (Hg.): *Aufgeheizt. – Verschwörungserzählungen rund um die Klimakrise*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 45–73
- Lönngren, J.; Van Poeck, K. (2021): Wicked problems: A mapping review of the literature. In: *International Journal of Sustainable Development & World Ecology* 28(6), S. 481–502
- Radtke, J.; Drewing, E. (2020): Technokratie oder Gemeinschaftswerk? Expertengremien und Partizipation in der Energiewende. In: *TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis* 29/3 (2020), S. 36–42
- Reusswig, F.; Küpper, B.; Lass, W.; Bock, S.; Schatzschneider, J. (2021): Populismus und Energiewende. DEMOKON – Research Paper I. https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf [aufgesucht am 30.06.2025]
- Rittel, H. W. J.; Webber, M. M. (1973): Dilemmas in a General Theory of Planning. In: *Policy Sciences* 4(2), S. 155–169
- Treichel-Grass, K.; Blum, M.; Kowarsch, M. (2022): Report: Bürgersichten auf zukünftige Energiewelten – Ergebnisse der Ariadne Bürgerkonferenz, Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam
- Treichel-Grass, K.; Koch, N.; Hoff, L.; Kisting, D.; Steidle, D. (2025a): Bürgerperspektiven auf Politikmaßnahmen im Verkehr – Ergebnisse der Ariadne Bürgerkonferenz 1./2. Juni 2024. Potsdam
- Treichel-Grass, K.; Wolf, I.; Rütten, K.; Kellner, M.; Hoff, L.; Steidle, D. (2025b): Bürgerperspektiven auf Finanzierungsfragen und Verteilungsgerechtigkeit der Klimapolitik. Ergebnisse der Ariadne Bürgerkonferenz 1./2. Juni 2024. Potsdam
- UBA – Umweltbundesamt (2024): Grüne Eliten gegen den Volkswillen: Populistische Narrative im Bereich der Umweltpolitik, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/populismus_factsheet_v2.pdf [aufgesucht am 15.06.2025]
- Venjakob, J., Reichmann, A. und Voigt, S. (2025): Umfrageergebnisse zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende. Wuppertal Paper Nr.205. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
- Wappenhans, T.; Clemm Von Hohenberg, B.; Hartmann, F. und Klüver, H. (2024): The Impact of Citizens' Assemblies on Democratic Resilience: Evidence from a Field Experiment, Working Paper
- Wissenschaft im Dialog (2025): Wissenschaftsbarometer. <https://wissenschaft-im-dialog.de/projekt-e/wissenschaftsbarometer/#erhebung-2024> [aufgesucht am 25.07.2025]